

Das 12. Interparlamentarische Treffen Europäisches Parlament – Kroatischer Sabor

**17.-18. Februar 2004
Brüssel**

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN DER DELEGATIONEN

Die Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung von Frau Doris PACK, Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa.

Die Delegation des kroatischen Parlaments unter Leitung von Herrn Neven MIMICA, Vorsitzender der Ad-hoc-Delegation für die Beziehungen zum europäischen Parlament.

Zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und zum Antrag Kroatiens auf Mitgliedschaft in der EU

1. sehen erwartungsvoll der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Antrag Kroatiens auf Mitgliedschaft in der EU entgegen, erinnern daran, dass es sich bei diesem Antrag um ein natürliches Bestreben und ein Recht handelt, von dem jedes Land in Südosteuropa Gebrauch machen kann; sind der Meinung, dass der Antrag von der EU auf der Grundlage der gleichen Kriterien, die 1993 in Kopenhagen für den laufenden Erweiterungsprozess aufgestellt wurden, behandelt werden sollte; nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die meisten Nachbarländer ihrer Solidarität und Unterstützung für den Antrag Kroatiens auf Beitritt zur EU Ausdruck verliehen haben, und sind davon überzeugt, dass das kroatische Beispiel für alle Länder der Region auf dem Weg zur EU-Integration von Nutzen wäre;
2. fordern den Ministerrat auf, bei Vorliegen einer positiven Stellungnahme der Europäischen Kommission diese unverzüglich zu diskutieren und zu bewerten und einen Beschluss zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu fassen, so dass diese vor dem Ende des Jahres 2004 stattfinden könne;
3. fordern die im Sabor vertretenen politischen Parteien auf, bei der Lösung der wichtigsten Probleme eng zusammenzuarbeiten, denen sich Kroatien auf dem Weg zur europäischen Integration gegenübersteht; und zwar Schutz und Gewährleistung der Minderheitenrechte, Flüchtlingsrückführung, Reform der Justiz und Zusammenarbeit mit dem IStGHJ und erinnern daran, dass das Europäische Parlament den Rat und die Kommission wiederholt dazu aufgefordert hat, die Hilfe für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligten Länder und die mögliche Einleitung der nächsten Phase miteinander zu verbinden, um in den oben erwähnten vorrangigen Bereichen Fortschritte zu erzielen;
4. fordern die kroatische Regierung und das kroatische Parlament eindringlich auf, den legislativen Rahmen zum öffentlichen Rundfunk bzw. Fernsehen mit Bestimmungen zu vervollständigen, die dessen gänzliche Freiheit und Unabhängigkeit von jeder möglichen politischen Einmischung garantieren sollen;

5. verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Vorbehalte dreier EU-Mitgliedstaaten zur Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Republik Kroatien durch die aktiven Bemühungen Kroatiens um Klärung der Fragen, bei denen noch Fortschritte vonnöten sind, bald gegenstandslos sind;
6. begrüßen die in der EG laufenden Vorbereitungen zur Öffnung einiger Programme und Agenturen der EU, damit sich Kroatien und andere Länder des westlichen Balkan daran beteiligen können;
7. sehen erwartungsvoll der europäischen Partnerschaft für Kroatien entgegen, die durch die Ermittlung von Handlungsprioritäten dazu beitragen soll, die Bemühungen Kroatiens auf dem Weg zur Integration in die EU im Rahmen der entsprechenden finanziellen Vorausschau zu unterstützen;

Zur Reform der Justiz und der öffentlichen Verwaltung sowie zu anderen Aspekten im Bereich Justiz und Inneres

8. erinnern daran, dass die EU-Organe und insbesondere das Europäische Parlament die kroatische Regierung wiederholt eindringlich dazu aufgefordert haben, die Reform der Justiz durch die angemessene Umsetzung der im November 2002 angenommenen Strategie voranzutreiben, und erwarten von der neuen Regierung sofortige Maßnahmen in diesem Bereich; unterstreichen, dass die Stärkung des Justizsystems, dessen erhöhte Professionalität und Unparteilichkeit sowie die Fähigkeit zur angemessenen Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen bei der Beurteilung, ob Kroatien die allgemeinen politischen Kriterien für die EU-Integration erfüllt, entscheidend sind;
9. erinnern daran, dass sich Kroatien mit Nachdruck um eine Verstärkung der öffentlichen Verwaltung bemühen muss, damit die Umsetzung und Durchführung der Rechtsvorschriften sichergestellt wird, insbesondere in Bezug auf die Anpassung an den gemeinschaftlichen Besitzstand bzw. dessen Einbindung oder aufgrund wichtiger Reformen oder Dezentralisierung; fordern die kroatische Regierung und die Europäische Kommission auf, gemeinsam nach der besten Möglichkeit zur Verbesserung der Aufnahmefähigkeit im Rahmen von CARDS und der Unterstützung durch Geber zu suchen;
10. empfehlen der neuen Regierung, ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Antikorruptionsvorschriften zu verstärken und im Bereich Asyl- und Ausländerrecht die verfahrenstechnischen, ausbildungsbedingten und infrastrukturellen Schwächen anzugehen;
11. fordern die kroatische Regierung und die Europäische Kommission auf, im Rahmen einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit und wirksamen Umsetzung des nationalen Plans zur Bekämpfung des Menschenhandels vom November 2002 gemeinsam nach Maßnahmen für eine wirksamere Bekämpfung von Verbrechen, Menschenhandel sowie des Drogen- und Waffenschmuggels zu suchen;

Zur Lage der Minderheiten und zur Flüchtlingsrückführung

12. äußern angesichts der zu verschiedenen Anlässen von der EU abgegebenen Stellungnahmen zum laufenden Prozess der Flüchtlingsrückführung den Wunsch, bei der Rückkehrquote, der Stabilität der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand und der Lebensqualität derer, die sich für eine Rückkehr entschieden haben – auch durch eine verbesserte Bereitstellung finanzieller Mittel – eine deutliche Verbesserung zu erreichen; erinnern daran, dass zum Erreichen eines solchen Ziels die lokalen Probleme bei der Wiederherstellung von Wohnraum, der Wiederinbesitznahme von Eigentum, der möglichen Diskriminierung bei der Beschäftigung und der Altersversorgung sowie der möglichen Übergriffe bei der Strafverfolgung ernsthaft angegangen werden müssen; begrüßen in diesem Zusammenhang das am 18. Dezember 2003 zwischen dem derzeitigen Premierminister und politischen Vertretern Serbiens geschlossene Abkommen, das äußerst ehrgeizige Ziele und Fristen enthält, und sehen dessen rechtzeitiger Umsetzung entgegen;
13. empfehlen, im Rahmen der Umsetzung des Verfassungsgesetzes zu den Rechten der Minderheiten die Vertretung von Minderheiten in den politischen Institutionen, der staatlichen Verwaltung, in der Justiz und bei der Polizei Kroatiens zu erhöhen; empfehlen der neuen Regierung, bei der allgemeinen Umsetzung des Verfassungsgesetzes die verloren gegangene Zeit und die nicht eingehaltenen Fristen wieder gutzumachen; ermuntern die neue Regierung, im Bildungsbereich angemessene Maßnahmen zu ergreifen;

Zur wirtschaftlichen Situation in Kroatien

14. unterstreichen die positiven Signale, wie zum Beispiel die Wachstumsrate des BIP, sinkende Inflation, Preisstabilität, höhere Steuereinnahmen als erwartet sowie deutlicher und kontinuierlicher Anstieg der Zahl der aus dem Ausland anreisenden Touristen, was zeigt, dass sich die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Infrastrukturanlagen und für den Naturschutz auszahlt;
15. fordern die Regierung nichtsdestotrotz auf, ihre Bemühungen zur Verbesserung der Exportleistung und der Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Produkte zu erhöhen, mehr ausländische Direktinvestitionen anzulocken und sich dem Leistungsbilanzdefizit und der steigenden Auslandsverschuldung zuzuwenden;
16. empfehlen der Regierung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen sozialen Aspekte ganz oben auf ihre Tagesordnung zu setzen, und aus den ersten positiven Anzeichen, die auf einen relativen Rückgang der Arbeitslosenquote hinweisen, Bilanz zu ziehen;
17. fordern die Regierung ferner auf, sich stärker um eine beschleunigte Privatisierung staatlicher Unternehmen zu bemühen und angemessene Durchführungskapazitäten für rechtliche Verfahren in Bezug auf Handels-, Gesellschafts-, Wettbewerbs- und Arbeitsrecht zu schaffen;

Zur regionalen Zusammenarbeit und zu offenen Fragen mit Nachbarländern

18. erinnern daran, dass mit einigen Nachbarländern Kroatiens, insbesondere mit Slowenien, immer noch strittige Grenzfragen bestehen und erwarten von der neuen Regierung und allen anderen beteiligten Parteien eindeutige Gesten des guten Willens zu deren Lösung und zur vollständigen Normalisierung der Beziehungen mithilfe diplomatischer Instrumente und eines intensiven bilateralen oder gegebenenfalls multilateralen Dialogs; äußern die Hoffnung, dass nach dem unilateralen Beschluss des kroatischen Parlaments am 3. Oktober 2003 zur Festlegung einer ausschließlichen Fischerei- und Umweltschutzzone in der Adria eine Verhandlungslösung gefunden werden kann;
19. fordern Kroatien auf, das Rahmenabkommen zur Nachfolge der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 29. Juni 2001 zu ratifizieren, das bereits von allen anderen Parteien ratifiziert worden ist;

Zur Zusammenarbeit Kroatiens mit dem IStGHJ (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)

20. fordern die Institutionen in Kroatien auf, sich dessen bewusst zu sein, dass die Achtung der internationalen Rechtsvorschriften als Grundvoraussetzung für die Erfüllung der politischen Kriterien zu betrachten ist, von der die künftige Eröffnung der Verhandlungen über den EU-Beitritt abhängt; und dass dieser Prozess von allen Beteiligten, darunter der kroatischen Zivilgesellschaft, verstanden werden muss;
21. begrüßen die Absichtserklärungen der neuen Regierung und erwarten Kroatiens uneingeschränkte und effektive Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ), insbesondere in Bezug auf die Überstellung Beschuldigter an den Strafgerichtshof und die Verfügbarkeit von Zeugen und anderen Beweisquellen in Verbindung mit Gewaltverbrechen, und in diesem Fall jegliche politische Programme zu ignorieren;
22. empfehlen den zuständigen Behörden, in Fällen, bei denen dies mit den internationalen Verpflichtungen Kroatiens gegenüber dem IStGHJ in Einklang steht, mit der fairen und professionellen Strafverfolgung von Kriegsverbrechern vor einheimischen Gerichten fortzufahren und diese Strafverfolgung zu verbessern.

* * * *